Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4045**

16. Wahlperiode 17. 01. 2007

Antrag

der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Dr. Wolf Bauer, Hartwig Fischer (Göttingen), Anette Hübinger, Jürgen Klimke, Hartmut Koschyk, Bernward Müller (Gera), Dr. Georg Nüßlein, Sibylle Pfeiffer, Dr. Norbert Röttgen, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Gabriele Groneberg, Dr. Sascha Raabe, Dr. Axel Berg, Dr. Bärbel Kofler, Christel Riemann-Hanewinckel, Walter Riester, Dr. Ditmar Staffelt, Andreas Weigel, Dr. Wolfgang Wodarg, Elvira Drobinski-Weiß, Detlef Dzembritzki, Petra Hinz (Essen), Iris Hoffmann (Wismar), Walter Kolbow, Ute Kumpf, Lothar Mark, Olaf Scholz, Frank Schwabe, Hans-Jürgen Uhl, Jörg Vogelsänger, Hedi Wegener, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

Energie- und Entwicklungspolitik stärker verzahnen – Synergieeffekte für die weltweite Energie- und Entwicklungsförderung besser nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In einer globalisierten Welt wachsen die internationalen Politikbereiche der Entwicklungspolitik, der Energie- und Rohstoffversorgung, der internationalen und regionalen Sicherheitspolitik und des Klimaschutzes immer enger zusammen. Die Herausforderungen, vor denen Deutschland und die Europäische Union im Energiebereich stehen, erfordern eine kohärente Entwicklungs-, Energie-, Sicherheits- und Klimaschutzpolitik, die Deutschland und die Europäische Union in die Lage versetzen, zusammen mit ihren Partnern weltweit eine international wirksame Rolle bei der Lösung gemeinsamer Probleme zu finden. Gefragt sind daher sektorübergreifende und multilaterale Lösungsstrategien. Deutschland als gewichtiger politischer Akteur in der internationalen Wirtschafts-, Entwicklungs- und Klimaschutzpolitik kommt bei der notwendigen Verzahnung dieser Politikbereiche auf internationaler Ebene eine zentrale Rolle zu – insbesondere während der EU- und G8-Präsidentschaft 2007. Die Europäische Union muss die energiepolitische Partnerschaft mit wichtigen Lieferanten-, Transit- und Verbraucherländern durch einen intensiven Dialog im Rahmen eines kooperativen Ansatzes entwickeln und diese auf eine solide Grundlage stellen.

Die entwicklungsorientierte Verwendung der Rohstoffeinnahmen und die Überwindung von Rohstoffarmut in Entwicklungsländern einerseits und die Reduzierung der eigenen Importabhängigkeit von Energieträgern und die Ausnutzung der eigenen Exportstärke im Bereich der Erneuerbaren Energien, bei Energieeffizienztechnologien sowie hochmoderner konventioneller Kraftwerkstechnik andererseits können durch entsprechende Verzahnung einen wesentlichen Beitrag zur eigenen Sicherheit und zur Verbesserung der Entwicklungschancen in den Entwicklungsländern Stabilität leisten.

1. Ressourcenreiche Entwicklungsländer und entwicklungsorientierte Verwendung der Einnahmen

Energie ist die Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl Deutschlands als auch aller Entwicklungsländer. Der richtige Umgang mit den entsprechenden Ressourcen ist ein Schlüssel für die Entwicklung vieler Staaten. Der Ressourcenreichtum verwandelt sich in vielen Entwicklungsländern jedoch zu einem Ressourcenfluch. Eine lange Reihe von Beispielen aus nahezu allen Erdteilen zeigt, dass der Reichtum aus Öl und anderen Ressourcen ein Grund für ethnische Rivalitäten, Bürgerkriege und zwischenstaatliche Auseinandersetzungen ist und zudem auch noch die Kontrolle über die Rohstoffquellen die Finanzierungsgrundlage für erbitterte, teilweise über Jahrzehnte ausgetragene Kriege bildet.

Die Zusatzeinnahmen aus der Öl- und Gasförderung könnten in einigen Entwicklungsländern die Finanzierungslücke zur Erreichung der Millennium Development Goals (MDGs) ohne weiteres füllen. Doch die Förderung von fossilen Brennstoffen in Entwicklungsländern trägt in den seltensten Fällen zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung bei. Die Gewinne aus dem Geschäft mit den fossilen Brennstoffen streichen kleine nationale Eliten und multinationale Ölkonzerne ein. Dieser Wirtschaftszweig stabilisiert die „Rentierstaatlichkeit“ sowie autokratische Regime und vergrößern letztendlich sogar noch die Schere zwischen Arm und Reich innerhalb der Gesellschaften. Rentierstaatlichkeit fördert vor allem die Korruption und damit letztendlich auch die Gefahr des Staatszerfalls. Nach Angaben von Human Rights Watch sind allein in Angola zwischen 1997 und 2002 mehr als 4 Mrd. US-Dollar an staatlichen Öleinnahmen spurlos verschwunden. Das Einnahme-Regime aus der extraktiven Industrie fördert die Reformresistenz und führt in der Regel zu einer Verschlechterung der Regierungsführung oder gar zur Beschleunigung des Staatszerfalls. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Verstärkte politische Bemühungen müssen darauf gerichtet werden, faire Spiel- und Marktregeln bei Produktion, Transport und Lieferverträgen durchzusetzen.

Mit seinen Ölvorkommen gewinnt Afrika für die Weltwirtschaft zunehmend an Bedeutung und rückt damit in den Mittelpunkt des Interesses der internationalen Politik. Etwa ein Zehntel der weltweit bekannten Öl-Reserven liegt in Afrika. Der Kontinent ist in den Brennpunkt einer aggressiven Energiebeschaffungsdiplomatie wichtiger globaler Energiebezieher geraten. Energie darf nicht zur Machtwährung in den internationalen Beziehungen werden. Deutschland steht vor der Herausforderung, seine Position und Kooperation gegenüber konkurrierenden Schwellenländern zu überdenken, den neuen politischen Gegebenheiten anzupassen, die eigenen Interessen stärker zu betonen und den internationalen Interessenausgleich im Energiesektor zu fördern.

Große Projekte der extraktiven Industrie schaffen nicht nur zusätzliche Einnahmequellen für Entwicklungsländer, sondern bergen häufig auch große Umweltrisiken und soziale Verwerfungen, die die betroffenen Regionen stark belasten. Privatunternehmen und Regierungen müssen daher zur Einhaltung sozialer und umweltpolitischer Standards deutlicher verpflichtet und die lokalen Verwaltungen und Zivilgesellschaften bei der Vertretung ihrer Interessen gestärkt werden.

2. Ressourcenarme Entwicklungsländer und Senkung der Ölimportabhängigkeit von Entwicklungsländern durch Erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Neben einer neuen strategischen Ausrichtung gegenüber ressourcenreichen Entwicklungsländern muss auch eine besondere Form der verstärkten Zusammenarbeit mit ressourcenarmen Ländern erarbeitet werden. Die effiziente und kostengünstige Energieversorgung ist gerade auch für die Entwicklungsländer ein vorrangiges Anliegen, um das lokale Wirtschaftswachstum zu unterstützen.

Steigende Energiepreise treffen sie zu allererst und am heftigsten. Ihre Ökonomien sind häufig sehr abhängig vom Energieimport und nicht darauf eingestellt, flexibel auf die Erhöhungen der Energiepreise auf dem Weltmarkt zu reagieren. Hohe Energiepreise machen die Ökonomien dieser Staaten extrem verwundbar und können dazu beitragen, die Verschuldungsproblematik zu verschärfen. So erzwingt beispielsweise ein Öl-Preisanstieg von 30 auf 50 US-Dollar pro Fass in einem Entwicklungsland wie Kenia, Devisen-Mehrausgaben in Höhe von 400 Mio. US-Dollar pro Jahr. Dieser Betrag entspricht der gesamten Summe der im Jahre 2004 in das Land eingeflossenen internationalen Entwicklungsfinanzierung. Die staatliche „Subvention“ bei hohen Energiepreisen stellt für viele staatliche Budgets in Entwicklungsländern bei steigenden Ölpreisen ein erhebliches Risiko dar und absorbiert viele Mittel, die anderen, entwicklungsrelevanten Sektoren verloren gehen.

Angesichts der hohen Belastung für ressourcenarme Entwicklungsländer durch die Energieimportabhängigkeit kommt insbesondere den einzelnen erdölexportierenden Ländern eine entscheidende Rolle zu. Ihre Preis- und Handelspolitik hat neben internationalen Spekulationsgeschäften erheblichen Einfluss auf die Entwicklungschancen der Entwicklungsländer. Insbesondere bei den arabischen Öl-Produzenten am Golf ist die Solidarität gegenüber den Armen und Bedürftigen in der politischen Kultur stark ausgeprägt. Doch bei jährlichen Erdöl-Verkaufs-Einnahmen in Höhe von etwa 450 Mrd. US-Dollar sind die Möglichkeiten der OPEC-Staaten für die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung vieler ihrer Bezieherstaaten noch nicht ausgeschöpft und international nicht eingebunden.

Deutschland darf die Energieversorgung nicht als Einbahnstraße ansehen. Sie verläuft vielmehr in beide Richtungen. Die Bundesrepublik Deutschland ist auf den Import fossiler Brennstoffe bis auf Weiteres zu einem hohen Grade angewiesen. Wir können aber durch den Export von Technologien zur Nutzung Erneuerbarer Energien (Biomasse, Sonne, Wasserkraft, Wind, Erdwärme) und zur Verbesserung der Energieeffizienz einen wesentlichen Beitrag zur Energieversorgung in ressourcenarmen Entwicklungs- und Schwellenländern leisten.

3. Eigene Energieversorgungssicherheit durch Diversifizierung und internationale Kooperation

Der beste Garant für eine sichere Energieversorgung ist ein breiter Energiemix, der vor allem heimische und erneuerbare Energietechnologien einschließt. Durch geeignete Rahmenbedingungen muss deshalb dafür Sorge getragen werden, dass auch in Zukunft ein ausgewogener Energiemix besteht, der eine preisgünstige, stabile und umweltgerechte Energieversorgung gewährleistet. Daneben ist es für Deutschland essentiell, den Umstieg auf eine nachhaltige und zugleich sichere weltweite Energieversorgung fortzuführen, die auf den Eckpfeilern Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung basiert. Die Sicherung einer zuverlässigen und finanzierbaren Energieversorgung auch aus dem Ausland gehört zu diesem Energiemix und verlangt nach einer langfristig angelegten Energie-Außenpolitik Deutschlands. Die weltweiten Ressourcen und Reserven fossiler Brennstoffe liegen zu einem beträchtlichen Teil in Förderregionen, die wirtschaftlich unterentwickelt, sozial gespalten und politisch instabil sind. Preisschwankungen in der Energieversorgung sind häufig auf politische und soziale Unruhen zurückzuführen. Der Atom-Streit mit dem Iran, Bombenanschläge auf Förderanlagen und Pipelines in Algerien, im Irak oder in Saudi-Arabien wirken sich auf den sensiblen Energieversorgungsmarkt aus. Sie führen die hochgradige Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland klar vor Augen.

Im Rahmen der Überlegungen zu einer weiteren Diversifizierung und entsprechenden Stabilisierung der Energieversorgung rücken zwei Regionen ins engere Blickfeld: Die Länder Zentralasiens und die Staaten Nord- und Subsahara-Afri-

kas. Deutschland hat ein vitales Interesse daran, die wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung dieser rohstofffördernden Staaten und Regionen allgemein zu unterstützen und damit letztlich die eigene Energieversorgung und -preisentwicklung zu stabilisieren.

Die deutsche Ratspräsidentschaft ist eine gute Gelegenheit, um auch im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik Energiethemen stärker zu berücksichtigen. Auch muss ein besonderer Schwerpunkt auf eine entwicklungsförderliche Ausgestaltung der EU-Energiepolitik gelegt und in der Zusammenarbeit mit Schwellen- und Entwicklungsländern den Energie-Themen besondere Priorität eingeräumt werden.

Eine Verschärfung der Energieknappheit und ein weiterer Anstieg der Energiepreise sind zu erwarten. Mit dem Aufstieg wirtschaftsstarker Schwellenländer hat sich die globale Konkurrenz um die Beschaffung fossiler Brennstoffe dramatisch verschärft. Die weltweite Ölproduktion befindet sich schon an der oberen Leistungsgrenze, der Ölförderhöhepunkt wird in absehbarer Zeit erreicht sein. Einige Analysen, wie die der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover, gehen davon aus, dass der Förderhöhepunkt schon in der zweiten Hälfte der kommenden Dekade erreicht werden könnte. Die weltweite Knappheit an Ressourcen und Reserven fossiler Brennstoffe wird sich daher in Zukunft gravierend auf Politik und Wirtschaft auswirken. Das Verhältnis zu diesen mitkonkurrierenden Schwellenländern muss überdacht und in Richtung strategischer Partnerschaften weiterentwickelt werden.

4. Verzahnung der globalen Klimaschutzpolitik mit entwicklungspolitischen Zielen

Eine zukunftsweisende Entwicklungspolitik muss sich an den Zielen der internationalen Klimapolitik orientieren. Hier empfiehlt sich eine differenzierte Strategie gegenüber unterentwickelten Entwicklungsländern einerseits und stark energienachfragenden Schwellenländern andererseits. Der Einstieg in regenerative Energiequellen in unterentwickelten Staaten bietet für bisher importabhängige Entwicklungsländer neue Chancen der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Förderung einer effizienten Energienutzung in den aufsteigenden Schwellenländern hingegen ist eine zwingende Notwendigkeit, um fatale Störungen des globalen Klimas zu verhindern. Die ersten Pfeiler der Brücke zwischen internationaler Umwelt-, Energie- und Entwicklungspolitik sind in der Klimarahmenkonvention (UNFCC) und im Kyoto-Protokoll verankert. Es verpflichtet zum einen die Industriestaaten, ihre CO_2-Emissionen zu reduzieren. Zum anderen bietet eine Reihe flexibler Mechanismen für die Privatwirtschaft Anreize, in Entwicklungsländern kosteneffiziente Klimaschutzprojekte mit armutsminderndem Effekt umzusetzen.

Das Referenzszenario des World Energy Outlook (IAE, 2005) geht von einem weltweiten Zuwachs des Energieverbrauchs bis 2050 um rund 50 Prozent aus. Etwa zwei Drittel dieses Zuwachses entfallen auf Entwicklungsländer. Es wird deutlich, dass sowohl bei der deutschen Energieversorgung als auch beim globalen umweltbelastenden Energieverbrauch die Entwicklungsländer in eine zentrale Stellung rücken. Diese wachsende Bedeutung sollte sich im deutschen Außenhandel in den Bereichen der Entwicklungs-, Energie-, Umweltpolitik sowie der Förderung von Forschung- und Technologieentwicklung klar niederschlagen.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

1. die Unterstützung der Bundesregierung für die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI). Sie stärkt die Initiative politisch, finanziell und organisatorisch und hat der Initiative angeboten, ihr Sekretariat in Bonn einzu-

richten. Die Bundesregierung zahlt 0,5 Mio. Euro in den von der Weltbank verwalteten EITI-Multi Donor Trust Fond (MDTF) ein und wirkt aktiv im Steuerungskomitee des MDTF mit;

2. die Förderung des energiepolitischen Dialogs durch die Bundesregierung im Energie-Gipfelprozess, der auch internationale Fragen der Energieversorgung behandelt und dabei die Diversifizierung der Energieversorgung und den Klimaschutz in Entwicklungsländern thematisiert;
3. die Nennung der Themen Rohstoffförderungen und Klimaschutz als zentrale Themen der EU- und G8-Präsidentschaft;
4. die Initiative der Europäischen Kommission zur Schaffung eines globalen Dachfonds zur Förderung von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienzmaßnahmen in Entwicklungsländern;
5. in diesem Zusammenhang die Zusage der Deutschen Bundesregierung auf der zwölften Vertragsstaatenkonferenz in Nairobi, den globalen Dachfonds zur Förderung von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienzmaßnahmen in Entwicklungsländern mit zusätzlich 24 Mio. Euro zu unterstützen;
6. die geplante Initiative der Bundesregierung zur Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien, mit deren Schaffung die Verbreitung Erneuerbarer-Energien-Technologien – auch in ressourcenarme Entwicklungsländer – vorangetrieben werden soll;
7. die Arbeiten der Bundesregierung an der vom Deutschen Bundestag eingeforderten Verzahnung der Entwicklungspolitik mit der Exportunterstützung für Erneuerbare Energien und die Berichterstattung hierzu;
8. die Ausweitung der bisherigen Exportunterstützung für Erneuerbare-Energien-Technologien auf Energieeffizienz-Technologien und begrüßt dabei nachdrücklich die Überlegungen der Bundesregierung, für den Bereich der Energieeffizienz-Technologien ein eigenständiges Programm mit separatem Haushaltstitel zu schaffen;
9. dass die Bundesregierung im Rahmen des Energiegipfels ein energiepolitisches Gesamtkonzept erarbeitet, dem ein ausgewogener Energiemix zugrunde liegt und die internationale Dimension der Energieversorgung besonders berücksichtigt. Ein Energiemix hilft, Importabhängigkeiten zu reduzieren und über alle Energieträger hinweg Spitzentechnologien zu entwickeln, um weltweit eine nachhaltige Energieversorgung zu gewährleisten.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Energie- und Entwicklungspolitik stärker miteinander zu verzahnen. Die Entwicklungspolitik muss als eigenständiges und nachhaltiges Element in eine umfassende und langfristig angelegte Energie-Außenpolitik einbezogen werden, die sowohl im Interesse der Entwicklungsländer als auch im Interesse Deutschlands selbst eine nachhaltige Energieversorgung ermöglicht;
2. die rohstoffproduzierenden Länder und die Transitländer für eine nachhaltige Energieversorgung in die Konzeption der regionalen und thematischen Schwerpunktsetzung der Entwicklungspolitik der Bundesregierung angemessen in Betracht zu ziehen. Bei der Auswahl der Schwerpunkte insbesondere in Zentralasien und in Nord- und Subsahara-Afrika sollte der Aspekt Energieversorgung Deutschlands mit berücksichtigt werden. Die Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit können auch im Sinne der weltweiten Sicherung einer nachhaltigen Energieversorgung eingesetzt werden;
3. für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit rohstoffreichen Entwicklungsländern ein angepasstes Konzept für den Kapazitätsaufbau zu entwickeln. Dieses Konzept muss die kooperationsbereiten Regierungen und

Verwaltungen besser dazu befähigen, den Ressourcenreichtum effizient und entwicklungsorientiert zu nutzen. Dazu sollten die Förder- und Beratungsprogramme der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit dazu beitragen, die Kapazitäten und Regulierungen der Verwaltungsstrukturen der Entwicklungsländer zu stärken, um ein effizienteres Management der Staatseinnahmen, der Staatsausgaben und der allgemeinen Verwaltung zu erreichen. Wichtige Instrumente sind bilaterale Trainingsprogramme der Bildung und Fortbildung für Fach- und Führungskräfte der Justiz und der Verwaltung, die Unterstützung von nationalen Verwaltungsschulen, die Förderung der Transparenz und Sicherstellung einer angemessenen Beamtenbesoldung sowie der Kapazitätsaufbau für erfolgreiches Programm-Management;

4. gerade auch in rohstofffördernden, aber schlecht regierten Staaten mit geeigneten Konzepten zur Transformation von schlechter zu guter Regierungsführung beizutragen. Hier ist primär die Zivilgesellschaft als Partner zu integrieren und zu fördern. Die in rohstoffreichen Staaten zu beklagende Reformresistenz ist durch geeignete Maßnahmen abzubauen. Um entwicklungsorientiertes, eigenverantwortliches Handeln zu kräftigen, müssen Entwicklungsmaßnahmen vor allem darauf abzielen, institutionelle und gesellschaftliche Kontrollmechanismen aufzubauen und zu stärken. Demokratische Strukturen müssen gefördert und Netzwerke der nichtstaatlichen Organisationen vor Ort unterstützt werden. Die Stellung der Parlamente ist durch Beteiligung an den Entscheidungsprozessen der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit zu fördern;

5. darauf hinzuwirken, den Ressourcenfluch zu einem Ressourcensegen umzuwandeln, indem die Erlöse aus der lokalen Rohstoffindustrie in Entwicklungsländern stärker auf deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung ausgerichtet werden. Einkommen aus der Rohstoffförderung sind auf die Erreichung der Millennium Development Goals auszurichten. Dazu müssen Konzepte gestärkt werden, die die Verwendung von Ressourceneinnahmen zur Finanzierung entwicklungsrelevanter Sektoren fordern und fördern. Bestehende Ansätze, wie das von der Weltbank mit konditionierten Krediten ausgestattete Kamerun-Tschad-Erdöl-Projekt, müssen überprüft und erweitert werden. In diesem Zusammenhang ist die zeitliche Staffelung der Unterstützungsmaßnahmen im Rohstoffsektor in Abhängigkeit von der Regierungsführung, so wie sie der „Extractive Industries Review“ für die Weltbank empfiehlt, zu begrüßen. Nach Beginn des Projektes ist auf die Einhaltung der Konditionen zu achten und ihre Nichteinhaltung entsprechend konsequent zu sanktionieren oder durch Flankierung mit technischer Unterstützung zu überwinden;

6. Initiativen zur Förderung der Transparenz der Vertragsbeziehungen zwischen den rohstoffproduzierenden Staaten einerseits und privaten Rohstoffförderunternehmen und den involvierten Banken andererseits zu unterstützen. Initiativen wie publish what you pay und die Extractive Industry Transparency Initiative sind durch weitere politische Unterstützung seitens der Bundesregierung international zu stärken. So kann der Druck auf die verantwortlichen Eliten in Entwicklungsländern verstärkt werden, über ihre Einnahmen aus der extraktiven Industrie Rechenschaft gegenüber der eigenen Bevölkerung abzulegen und die Entscheidungsprozesse zur Verwendung der Einnahmen im Sinne einer transparenten Demokratie offenzulegen. Insbesondere ist mit Nachdruck dafür zu werben, die aufsteigenden Schwellenländer wie Indien und China in diesen Prozess des fairen und transparenten Wettbewerbs zum Wohle der Bevölkerung der Entwicklungsländer einzubinden;

7. gerade in der sehr anfälligen extraktiven Industrie der Entwicklungsländer den Beitrag zum Kampf gegen Korruption weiter zu verstärken. Hier sind sowohl Initiativen zur Bekämpfung der Korruption in Regierung und Verwaltung der rohstofffördernden Staaten zu unterstützen als auch zusätzliche

Maßnahmen zur Eindämmung der Korruption durch ausländische Investoren zu stärken. Dabei sind nicht nur nationale Korruptionsbekämpfungsstrategien, sondern vor allem internationale Regime im Rahmen der UN und der OECD zu fördern und rechtlich verbindliche Sanktionsmechanismen einzuführen;

8. neue Rohstofferschließungsprojekte und -programme der extraktiven Industrie dahingehend kritisch und konstruktiv zu begleiten und gegebenenfalls zu konditionieren, dass die Auswirkungen der Rohstoffförderung für die lokale Bevölkerung, Umwelt und Menschenrechtssituation verträglich sind und keine irreversiblen Schäden entstehen. Rohstofffördernde Konsortien müssen sich zur Einhaltung sozialer und umweltpolitischer Standards sowie zur Berücksichtigung der Interessen lokaler Bevölkerungen in der Konzeption und Umsetzung der Erschließungsprojekte verpflichten;

9. zur globalen Verbreitung Erneuerbarer Energien schnellstmöglich die Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien zu initiieren und hierzu schnellstmöglich eine Road-Map mit zügigen Umsetzungsschritten zu entwickeln;

10. den Vorschlag der Europäischen Kommission für einen Globalen Dachfonds für Erneuerbare-Energien- und Effizienz-Projekte auf europäischer Ebene zu unterstützen und in den nächsten Jahren aufzustocken;

11. sich – vor dem Hintergrund der europäischen Führungsrolle beim Klimaschutz und speziell der deutschen Vorreiterposition beim Ausbau Erneuerbarer Energien – dafür einzusetzen, dass im Rahmen der europäischen und nationalen Diskussion zur Energie-Außenpolitik einer der wesentlichen Schwerpunkte auf Erneuerbare Energien und Effizienz-Maßnahmen bei der Energieerzeugung und -verwendung gelegt wird, um dem Klima- und Umweltschutz als auch der wirtschaftlichen Entwicklung in Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern gerecht zu werden;

12. sich im Rahmen des deutschen G8-Vorsitzes für eine internationale Vereinbarung zur Steigerung der Energieeffizienz einzusetzen, um hiermit sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den Industrieländern die globale Nachfrage nach Energieressourcen zu reduzieren resp. zumindest zu dämpfen;

13. den in der Bundestagsdrucksache 15/4868 eingeforderten Bericht zur stärkeren Verzahnung von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Ansatz der Exportunterstützung für Erneuerbare Energien spätestens bis zum Frühjahr 2007 dem Deutschen Bundestag vorzulegen;

14. die Instrumente des Kyoto-Protokolls für den internationalen Klimaschutz auch für Effizienzmaßnahmen und den Einsatz von Erneuerbaren Energien in Entwicklungsländern zu stärken und insbesondere den Beitrag zur entwicklungsfördernden Gestaltung des weltweiten Marktes für Emissionszertifikate weiterzuentwickeln. Das Investitionspotential der Privatwirtschaft ist für armutsreduzierende und entwicklungsorientierte Klimaschutz- und Entwicklungsprojekte in Entwicklungsländern zu mobilisieren. Dazu können Informationsförderung und die technische Unterstützung der administrativen Regulierungsstrukturen in den Partnerländern vonnöten sein. Der Clean Development Mechanism (CDM) des Kyoto-Protokolls ist auszubauen. Es ist verstärkt dafür zu sorgen, dass Investitionsanreize für dezentrale Projekte auf Basis Erneuerbarer Energien geschaffen werden, um die Entwicklungsbemühungen für ländliche Regionen, die sichere Energieversorgung und den Umweltschutz vor Ort gleichermaßen stützen. Zudem muss bei den Verhandlungen zum Post-Kyoto-Protokoll die finanzielle Honorierung des Walderhaltes und des nachhaltigen Waldmanagements gefördert werden, um den Erhalt der bestehenden biologisch terrestrischen

Kohlenstoffspeicher, insbesondere der Primärwälder, zu unterstützen. Bei dem im Mai 2007 in Bonn anstehenden UN-Workshop zur Erarbeitung der entsprechenden Optionen sollte die Bundesregierung – auch in ihrer Funktion als EU-Ratspräsidentschaft – entsprechende Weichenstellungen vorbereiten;

15. auch für ressourcen- und energiearme Entwicklungsländer angepasste Energieversorgungsstrategien zu entwickeln, um ihre Ölimportabhängigkeit abzubauen. Hier gilt es, die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit aller beteiligten Bundesministerien, der Universitäten in der Hoheit der Bundesländer und der Forschungseinrichtungen in Bund und Ländern mit den Entwicklungsländern im Bereich Forschung und Technologietransfer besser zu koordinieren, strategisch auszurichten und auszubauen. Hier muss die gesamte technologische Breite des Energiesystems im Blick sein. Hocheffiziente konventionelle Kraftwerkstechnik gehört ebenso dazu wie Pilotprojekte zur CO_2-Abscheidung und -Speicherung. Darüber hinaus hat der sichere Betrieb energietechnischer Anlagen weltweit Priorität. Daher muss auch die internationale Zusammenarbeit zum sicheren Betrieb dieser Anlagen fortgeführt werden. Rentable Projekte und technische Entwicklungen, die eine dezentrale Energieversorgung durch die Nutzung regenerativer Ressourcen (Fotovoltaik, Biogas, Biodiesel, Bioöl, Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme) ermöglichen, sollten stärker unterstützt werden, um die 3 Milliarden Menschen weltweit ohne Stromzugang mit Energie zu versorgen. In diesem Sinne sollten vermehrt Test- und Feldforschungsprojekte – auch kleinerer Finanzvolumina – bi- und multilateral gefördert werden;

16. die Sicherheitspolitik und Krisenpräventionsmechanismen auch auf die bestehende Problematik in potentiell krisengefährdeten, da ressourcenreichen Entwicklungsländern und -regionen auszurichten. Die nachhaltige Nutzung des Ressourcenreichtums ist nur in einem inner- und zwischenstaatlich stabilen Umfeld möglich. Auseinandersetzungen zwischen Staaten und Ethnien sind jedoch häufig auf die Kontrolle von Rohstoffquellen zurückzuführen;

17. regionale Kontrollmechanismen der Partnerländer – insbesondere in Afrika – im Sinne ihrer Eigenverantwortung durch bi- und multilaterale Unterstützung zu stärken. Regionale Regime müssen zur Korruptionsbekämpfung, zur Förderung von Good Governance, zur Stärkung der Sicherheitsarchitektur, der Krisenbewältigungsstrategien und der Demokratie beitragen. Hier kann auf bestehende Strukturen wie den African Peer Review des NEPAD zurückgegriffen werden;

18. die finanziellen und technischen Mittel der europäischen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit auf eine nachhaltige Verwendung der Rohstoffeinnahmen in Entwicklungsländern auszurichten. Das Gewicht Deutschlands und der EU ist verstärkt in den politischen Dialog einzubringen. Die Bundesregierung muss die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 und die deutsche G8-Präsidentschaft 2007 dazu nutzen, die europäische Entwicklungs-, Energie- und Klimaschutzpolitik auf das gemeinsame strategische Ziel, die Verzahnung von Energiesicherheit, Entwicklungszusammenarbeit und Klimaschutz auszurichten und in den internationalen Harmonisierungsprozess der Entwicklungspolitik einzubetten. Die deutsche Präsidentschaft muss bestrebt sein, die EU- und G8-Mitgliedstaaten zur Annahme einer gemeinsamen und nachdrücklichen Position gegenüber den rohstoffproduzierenden Entwicklungsländern zu bewegen, ihre Rohstoffeinnahmen entwicklungsfördernd einzusetzen. In diesen Verständigungsprozess sind insbesondere auch energie- und rohstoffnachfragende Schwellenländer einzubeziehen;

19. bei der Entwicklung neuer Kooperationsstrategien mit Schwellenländern die Nachhaltigkeit ihrer Energieversorgungspolitiken einzufordern und den Schwerpunkt dieser Kooperationsstrategien auf die Verstärkung von Erneuerbaren Energien und Effizienzmaßnahmen im Bereich der Energieerzeugung und -nutzung zu legen. Schwellenländer mit großer Energie- und Rohstoffnachfrage müssen zudem in den internationalen Konsens für nachhaltige Entwicklungsstrategien – etwa im Rahmen der UN, der OECD (DAC) und der IEA – verstärkt eingebunden werden, um schädliche Nebenwirkungen ihrer Rohstoffversorgungspolitik – beispielsweise auf dem afrikanischen Kontinent – zu verringern;
20. alle diplomatischen Kanäle zu nutzen, die erdölexportierenden Staaten, vor allem des Nahen Ostens, in die internationalen Anstrengungen für die wirtschaftliche Entwicklung und globale Armutsbekämpfung einzubinden. Diese Länder sollten als Geber bei künftigen multilateralen Entschuldungsmaßnahmen, internationalen Programmen zur Armutsbekämpfung und für die Politik der Weltbank und anderer multilateraler Organisationen gewonnen werden. Gerade gegenüber Entwicklungsländern mit einer hohen Ölimportabhängigkeit sollten erdölexportierende Staaten Entwicklungsanstrengungen stärker unterstützen;
21. die konzeptionelle Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft in der Entwicklungs-, Energie- und Klimapolitik generell auszubauen und auf die Förderung nachhaltiger Entwicklung in den Entwicklungsländern auszuweiten.

Berlin, den 17. Januar 2007

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333